

Menschenrechte und Tabakprävention

Um besser zu verstehen, worum es geht

Recht	Definition und Verträge	Nichteinhaltung durch die Tabakindustrie	Nichtbeachtung durch den Schweizer Staat
Recht auf Gesundheit und Recht auf Leben 	Das Recht auf Gesundheit bedeutet, dass jeder Mensch das Recht hat, sich des bestmöglichen körperlichen und geistigen Gesundheitszustands zu erfreuen. Das Recht auf Leben bedeutet, dass der Staat das Leben seiner Bürger:innen nicht beenden darf und Massnahmen ergreifen muss, um sicherzustellen, dass ihr Leben nicht gefährdet ist. <i>Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 (AEMR). Von der Schweiz 1992 ratifiziert.¹</i> <i>Artikel 12 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen (ICESCR). Von der Schweiz 1992 ratifiziert².</i> <i>Artikel 2 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) von 1950.³ Von der Schweiz 1974 ratifiziert.</i>	Tabakkonsum ist eine der Hauptursachen für schwere Krankheiten wie Krebs, Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Darüber hinaus beeinträchtigt die Exposition gegenüber Passivrauch die Gesundheit von Personen, die nicht rauchen. Das erklärte Ziel dieser Industrie ist es, ihre Umsätze und Gewinne zu steigern, was wiederum bedeutet, dass der Verbrauch ihrer Produkte, die nachweislich gesundheitsschädlich sind, steigt. Indem die Tabakindustrie weiterhin Tabakprodukte herstellt, vertreibt und bewirbt, gefährdet sie insgesamt das Recht auf Gesundheit.	Der Staat vernachlässigt seine Pflicht, die öffentliche Gesundheit zu schützen, indem er Massnahmen nicht implementiert, die sich zur Reduzierung des Tabakkonsums bewährt haben, darunter: ➤ Konsequente Erhöhung der Besteuerung ➤ Verbot aller Formen von Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring für Tabakerzeugnisse, einschliesslich Mäzenatentum und Massnahmen zur sozialen Verantwortung von Unternehmen ➤ Einführung von neutral gestalteten Zigarettenpackungen («plain packaging») ➤ Umsetzung eines umfassenden Schutzes vor Passivrauchen, auch am Arbeitsplatz ➤ Strenge Regulierung von Tabak- und Nikotinprodukten, einschliesslich eines Verbots von Aromen, ausser für Produkte, die nachweislich einen Nutzen für die Risikominimierung haben können, und für die eine besondere Regelung gelten würde. ➤ Strikter Ausschluss der Industrie bei der Gestaltung der öffentlichen Politik ➤ Verbot der Finanzierung politischer Parteien durch die Tabak- und Nikotinindustrie

¹ <https://www.ohchr.org/en/human-rights/universal-declaration/translations/german-deutsch>

² <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-economic-social-and-cultural-rights>, auf Deutsch: https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1993/725_725_725/de

³ https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1974/2151_2151_2151/de

Menschenrechte und Tabakprävention

Um besser zu verstehen, worum es geht

Recht	Definition und Verträge	Nichteinhaltung durch die Tabakindustrie	Nichtbeachtung durch den Schweizer Staat
Recht auf eine gesunde Umwelt 	Dieses Recht beinhaltet, dass jeder Mensch das Recht hat, in einer Umwelt zu leben, die seine Gesundheit, sein Wohlbefinden oder sein Überleben nicht gefährdet. Garantiert durch eine Resolution der UN-Generalversammlung von 2022⁴.	Die Herstellung, der Transport, der Konsum und die Entsorgung von Tabakprodukten führen zu einer erheblichen Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden. Zigarettenabfälle, insbesondere Filter, tragen erheblich zur Plastikverschmutzung bei. Elektronische Zigaretten, insbesondere solche, die nach einmaligem Gebrauch weggeworfen werden können, und Geräte zum Tabakerhitzen werden aus Komponenten hergestellt, deren Herstellung und Abfall umweltschädlich sind. Die Abholzung von Wäldern für den Tabakanbau und die Trocknung der Blätter zerstört natürliche Lebensräume. Auch die chemischen Hilfsmittel für den Tabakanbau schaden der Artenvielfalt und den Ökosystemen.	Angesichts der durch Tabakprodukte verursachten Umweltschäden gefährdet das Fehlen einer wirksamen Tabakpräventionspolitik in der Schweiz den Schutz des Rechts ihrer Bürger:innen auf eine gesunde Umwelt. Sie schränkt weder die Produktion noch den Konsum dieser Produkte ein und wendet auch nicht das Verursacherprinzip an, das die Tabakindustrie zwingen würde, für die von ihr verursachten Umweltschäden zu zahlen.

⁴ https://digitallibrary.un.org/record/3983329/files/A_RES_76_300-EN.pdf?ln=fr

Menschenrechte und Tabakprävention

Um besser zu verstehen, worum es geht



Recht der Kinder auf Gesundheit

Kinder haben das Recht auf besonderen Schutz, auf eine harmonische Entwicklung und auf die Ausschöpfung ihres körperlichen und geistigen Potenzials. Dazu gehört auch das Recht auf den bestmöglichen Gesundheitszustand und damit auf Schutz vor Gefahren für ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen.

Garantiert durch die Artikel 6 und 24 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes von 1989 (KRK). Von der Schweiz 1997 ratifiziert.⁵

Recht

Definition und Verträge

Nichteinhaltung durch die Tabakindustrie

Die Tabakindustrie zielt mit Werbung und Produkten, die so gestaltet sind, dass sie Jugendliche anlocken, auf diese ab. Das Rauchen in jungen Jahren gefährdet somit eine gesunde physische und psychische Entwicklung.

Viele Kinder werden im Tabakanbau beschäftigt, sowohl in der Schweiz als auch in Ländern mit niedrigem Einkommen. In letzteren führt diese Arbeit zu schweren gesundheitlichen Problemen und erhöht das Risiko, die Schule abzugeben, erheblich.

Indem die Tabakindustrie ihre Produkte massiv bewirbt und die Politik zur Tabakprävention bremst, trägt sie auch direkt zum Rauchen bei schwangeren Frauen und Eltern bei. Das Rauchen während der Schwangerschaft sowie die perinatale Tabakexposition gefährden die Gesundheit der Kinder ernsthaft.

Nichtbeachtung durch den Schweizer Staat

Da der Staat keine wirksamen Massnahmen zur Verhinderung des Rauchens und des Passivrauchens ergreift, gefährdet er die Gesundheit von Kindern. Das Fehlen strenger Vorschriften für die Werbung, das auf Jugendliche ausgerichtete Marketing und das geringe Bewusstsein für die Gefahren des Rauchens verletzen somit ihr Recht auf eine gesunde und geschützte Kindheit.

Indem der Staat nicht ausreichend gegen die hohe Prävalenz des Rauchens vorgeht, lässt er zudem eine hohe Rate des Tabak- und Nikotinkonsums bei Müttern und ihren Partnern zu, auch in der perinatalen Phase. Diese Untätigkeit setzt Kinder grossen Risiken für ihre Gesundheit und Entwicklung aus und stellt eine Verletzung der Pflicht des Staates dar, die Grundrechte der Kinder zu schützen.

⁵ <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/voelkerrecht/internationale-uebereinkommenezumschutzdermensenrechte/uebereinkommen-ueber-die-rechte-des-kindes.html>